

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/2223 –**

Organisatorische Kooperation zwischen Auswärtigem Amt und Wissenschaftsorganisationen nach dem Schweizer Modell „SHARE“

Vorbemerkung der Fragesteller

Während die Bundesrepublik Deutschland die Förderung von Wissenschaft und den wissenschaftlichen Austausch an ihren diplomatischen Auslandsvertretungen mit Kultur- und Wissenschaftsattachés, sowie getrennt davon über den Deutschen Akademischen Austauschdienst, die Goethe-Institute und Vertretungen der Forschungsorganisationen betreibt, geht die Schweiz mit dem „Swiss House for Advanced Research and Education (SHARE)“ einen anderen Weg. SHARE ist eine Kombination aus konsularischer Vertretung und Wissenschaftsmarketing. SHARE ist ein Gemeinschaftsprojekt des schweizerischen Außenministeriums und der Swiss Science Agency und unterhält Vertretungen dort, wo eine hohe Dichte von Wissenschaftlern anzutreffen ist, beispielsweise in Boston, Washington D. C. oder San Francisco. Die Privatwirtschaft ist durch Sponsoring und Projektmittel involviert, was einen erheblichen Beitrag zum Budget von SHARE leistet.

SHARE bietet die Möglichkeit eines sowohl virtuellen als auch physischen Treffens von Wissenschaftlern aus der Schweiz und den USA. Mit Hilfe eines Multimedia-Studios (ec-room) ist es möglich, z. B. einen Experten aus Boston live in den Unterricht an der Berner Fachhochschule einzuschalten. Dieser gemeinsame Ansatz von Außenministerium und Wissenschaftsorganisationen könnte ein Modell für die zukünftige Auslandsdarstellung der deutschen Wissenschaft sein.

1. Ist der Bundesregierung die Einrichtung „Swiss House for Advanced Research and Education, SHARE“ als Generalkonsulat und Informations- und Kommunikationszentrum der Schweiz in Boston/USA bekannt?

Ja.

2. Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit von SHARE?

SHARE ist ein aufwändiger und neuartiger Ansatz zur Förderung der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und den USA. Soweit der Bundesregierung bekannt ist, liegen Bewertungen hinsichtlich Wirksamkeit und Effizienz dieses Ansatzes noch nicht vor.

3. Wäre die Bundesregierung bereit, vergleichbare Einrichtungen wie das SHARE, also ein „German House for Advanced Research and Education“, an ausgewählten Orten im Ausland in öffentlich/privater Partnerschaft (PPP) zu gründen?

Die Bundesregierung ist bemüht, das Netz von an deutschen Auslandsvertretungen tätigen Wissenschaftsreferentinnen und -referenten zu stärken und auszubauen. Die Schaffung kostenintensiver Parallelstrukturen lehnt die Bundesregierung ab.

4. Wenn ja, gibt es dafür bereits konkrete Vorstellungen und Standorte?

Siehe Antwort zu Frage 3.

5. Wenn nein, wo sieht die Bundesregierung die Hindernisse oder Mängel einer solchen Organisationsform?

Siehe Antwort zu Frage 3.

6. Hält die Bundesregierung es für möglich, in einem zu schaffenden Wissenschafts-Center wie SHARE auch eine konsularische Service-Stelle für Wissenschaftler einzurichten?

An den für die deutsche Wissenschaft aus der Sicht der Bundesregierung besonders interessanten Standorten gibt es deutsche Auslandsvertretungen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den für die Wissenschaft zuständigen Arbeitseinheiten und den Rechts- und Konsularabteilungen ist sichergestellt.

7. Wenn nein, welche Gründe sprechen nach Meinung der Bundesregierung dagegen?

Siehe Antwort zu Frage 6.

8. An welchen deutschen Auslandsvertretungen gibt es spezielle diplomatische Vertreter für den Bereich der Wissenschaften?

Die bilateralen deutschen Auslandsvertretungen sind auch für die Förderung des wissenschaftlichen Austausches zuständig. Eigene Wissenschaftsreferenten sind tätig an den Auslandsvertretungen Brasilia, Brüssel (Ständige Vertretung bei der EU), Budapest, Jakarta, London, New Delhi, Paris, Peking, Tel Aviv, Tokyo, Warschau, Washington und Wien (Ständige Vertretung bei den Internationalen Organisationen). An den übrigen Vertretungen wird der Wissenschaftsbereich arbeitsteilig wahrgenommen.

9. Welche Gründe gaben den Ausschlag, in Washington D. C. keine Vertretung aller großen deutschen Forschungsorganisationen zu gründen, sondern lediglich ein Büro der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu eröffnen?

Bei der Mehrzahl der deutschen Forschungsorganisationen bestand kein ausreichendes Interesse, sich an einer gemeinsamen Vertretung aller Forschungsorganisationen in Washington zu beteiligen. Hinzu kam, dass in einer Zeit starker Budgetrestriktionen keine neuen kostspieligen und parallelen Strukturen errichtet werden sollten, zumal an der deutschen Botschaft Washington ein leistungsstarkes Wissenschaftsreferat besteht.

Die DFG hat seinerzeit in eigener Entscheidung ein Verbindungsbüro in Washington D. C. eingerichtet.

10. Ist der Bundesregierung bekannt, ob weitere deutsche Forschungsorganisationen (z. B. Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren/HGF, Max-Planck-Gesellschaft/MPG, Fraunhofer-Gesellschaft/FhG oder Leibniz-Gemeinschaft/WGL) die Gründung von Auslandsvertretungen planen?

Die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren HGF baut derzeit Büros in der Volksrepublik China in Peking sowie in der Russischen Föderation in Moskau mit Außenstelle in St. Petersburg auf. Andere Wissenschaftsorganisationen sind mit neuen Planungen nicht an die Bundesregierung herangetreten.

11. Wenn ja, an welchen Standorten?

Siehe Antwort zu Frage 10.

12. Wurden diese Maßnahmen mit dem Auswärtigen Amt bzw. dem Bundesministerium für Bildung und Forschung koordiniert, und ist über eine Gemeinschaftsvertretung nach dem Beispiel von SHARE nachgedacht worden?

Die Errichtung von Auslandsbüros der Helmholtz-Gemeinschaft HGF wird von der Wissenschaftsorganisation in eigener Entscheidung durchgeführt, da sich deren Tätigkeit ausschließlich auf die Aktivitäten der Helmholtz-Gemeinschaft konzentriert.

13. Wenn nein, warum nicht?

Siehe Antwort auf Fragen 3, 9 und 12.

14. Plant die Bundesregierung an ihren diplomatischen Auslandsvertretungen die Einrichtung multimedialer Studios, mit denen z. B. ausländische Wissenschaftler an einem Kongress in Deutschland teilnehmen können?

Die Bundesregierung sieht bisher keinen vordringlichen Bedarf, der die kostenintensive Bereitstellung von multimedialer Kommunikationshardware an deutschen Auslandsvertretungen zur Förderung des wissenschaftlichen Austausches rechtfertigen würde. Qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können für die Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen in Deutschland zudem auf bestehende Förderinstrumente zurückgreifen.

15. Wo sieht die Bundesregierung Defizite beim Wissenschaftsmarketing für den Standort Deutschland?

Deutschland hat seine Stellung als Partner in der weltweiten Wissenschaftsmarketinglandschaft erheblich gestärkt. Seit 2001 hat die Bundesregierung in Abstimmung mit Ländern, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft ein professionelles „Internationales Marketing für den Forschungs- und Bildungsstandort Deutschland“ aufgebaut. Die operative Umsetzung liegt bei der „Arbeitsstelle Internationales Marketing für Bildung und Forschung“, die beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) angesiedelt ist. Auf der Hochschulseite wird dies – ebenfalls mit Förderung durch die Bundesregierung – ergänzt durch das Marketingkonsortium GATE, für das der DAAD und die Hochschulrektorenkonferenz maßgebliche Verantwortung tragen. Seit 2001 wurden 45 große Messen, sog. Roadshows, ausgerichtet und ca. 230 Hochschulmessen besucht, die fünfsprachige Webseite „Campus-Germany“ sowie ein weltweites Beratungsnetzwerk aus 14 DAAD-Außenstellen und 38 Informationszentren eingerichtet.

Das neue Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland ist international stark beachtet worden.

Hinzu kommt die vom Internationalen Büro des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) betreute Webseite „Internationale-Kooperation“.

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Marketingmaßnahmen weiter fortzuführen.

16. Wie gedenkt die Bundesregierung diese Defizite abzustellen?

Siehe Antwort auf Frage 15.